

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Gaby von Rhein-Kress

Die quantitative Steuerung des Arbeitsangebots
als Instrument der Arbeitsmarkt- und
Beschäftigungspolitik

25. Jg./1992

3

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin
Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin,
Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Die quantitative Steuerung des Arbeitsangebots als Instrument der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz im internationalen Vergleich

Gaby von Rhein-Kress, Heidelberg*

Der Artikel beschäftigt sich mit der Frage, wie es die Schweiz, Österreich und die Bundesrepublik während der ökonomischen Krisenperiode von 1973 bis 1983 schafften, trotz ihrer Orientierung auf Preisstabilität die Arbeitslosenquote niedrig bzw. – wie im Falle der Bundesrepublik – relativ niedrig zu halten. Ausgehend von der Beobachtung, daß die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes keinen Ansatzpunkt für eine Erklärung des arbeitsmarktpolitischen Erfolges der deutschsprachigen Länder bietet, wird die Entwicklung des Arbeitsangebots auf ihre Erklärungskraft hin untersucht. Anhand von vergleichenden Analysen der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung in der OECD wird gezeigt, (1) daß die Bundesrepublik, die Schweiz und Österreich in den siebziger und frühen achtziger Jahren einen im internationalen Vergleich auffälligen Rückgang des Arbeitsangebots erlebten; (2) daß dieser Rückgang des Arbeitsangebots von den Bevölkerungsgruppen getragen wurde, die eine „gesellschaftlich anerkannte Alternative zur Beteiligung am Erwerbsleben besitzen“, d. h. von den Jugendlichen, den älteren Arbeitnehmern, den Frauen und den Ausländern; (3) daß der verstärkte Rückzug der „Alternativrollenbesitzer“ aus dem Arbeitsmarkt bzw. ihre auffällige Enthaltensamkeit bezüglich der Beteiligung am Erwerbsleben in nicht unerheblichem Maße das Ergebnis politischer Steuerung war; und (4) daß er den Arbeitsmarkt deutlich entlastet hat. Ohne den Rückgang des Arbeitsangebots, so wird am Ende geschätzt, wäre die Arbeitslosenquote in der Schweiz, in Österreich und in der Bundesrepublik in den siebziger und frühen achtziger Jahren um vier bis fünf Prozentpunkte höher gewesen.

Gliederung

- 1 Einleitung und Fragestellung
- 2 Theoretischer Bezugsrahmen und Forschungsdesign
- 3 Entwicklung des Arbeitsangebots in der OECD zwischen 1973 und 1983
- 4 Verursacher und Determinanten der Arbeitsangebotsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz
 - 4.1 Jugendliche
 - 4.2 Ältere Arbeitnehmer
 - 4.3 Ausländer
 - 4.4 Frauen
 - 4.5 Zusammenfassung

- 5 Konsequenzen der Arbeitsangebotsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz für das Niveau der registrierten Arbeitslosigkeit
- 6 Schlußfolgerungen
- 7 Literaturverzeichnis

1 Einleitung und Fragestellung

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik¹ hat vor allem ein Ziel. Sie soll „unerwünschte konjunkturelle und strukturelle gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte (z. B. Arbeitslosigkeit) verringern, beseitigen oder schon im Vorfeld verhindern“ (Schmidt 1992). Da das Auftreten gesamtwirtschaftlicher Ungleichgewichte wie Arbeitslosigkeit prinzipiell von zwei Größen abhängt – der Nachfrage nach Arbeit und dem Angebot an Arbeit –, gibt es zwei Ansatzpunkte für beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: die Arbeitsnachfrage und das Arbeitsangebot. Letzteres steht im Zentrum dieses Aufsatzes. Sein Ziel ist es zu zeigen,

- (a) daß es in der tiefen ökonomischen Krisenperiode von 1973 bis 1983² hinsichtlich der Entwicklung des Arbeitskräfteangebots auffällige Unterschiede zwischen den OECD-Ländern³ gab,
- (b) daß diese Unterschiede zu einem nicht unerheblichen Teil das Ergebnis politischer Steuerung waren und
- (c) daß sie einen enormen Einfluß auf das Ausmaß der Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt – insbesondere die Höhe der registrierten Arbeitslosigkeit – hatten.

Ausgangspunkt der Analyse ist die Beobachtung, daß es zwischen 1973 und 1983 innerhalb der OECD eine Gruppe von Ländern gab, die sich durch eine eigentümliche Besonderheit auszeichnete: die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz. Alle drei sind für langfristige Preisstabilität bekannt und besaßen auch unter den schwie-

* Gaby von Rhein-Kress, M. A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaften der Universität Heidelberg. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autorin. Ich danke Prof. Manfred G. Schmidt für seine hilfreichen Anregungen und Kommentare zu diesem Beitrag.

¹ Wenn im folgenden von Arbeitsmarktpolitik die Rede ist, geht es immer um „Arbeitsmarktpolitik im weiteren Sinne“. Diese umfaßt sowohl die „selektive – nach Gruppen, Sachbezügen, Raum und Zeit gezielte – Arbeitsmarktförderungspolitik (als auch) die globale – also nicht-gezielte – mittelbare und unmittelbare politische Steuerung des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage. Die Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinne hingegen bezeichnet die gezielte (selektive) Arbeitsmarktförderung – insbesondere im Sinne der durch das Arbeitsförderungsgesetz bereitgestellten Maßnahmen und Ziele“ (Schmidt 1991, S. 224).

² Die Charakterisierung der Jahre 1973 bis 1983 als tiefe ökonomische Krise basiert auf OECD-Statistiken zur Entwicklung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung in den OECD-Ländern. Gemessen an der Entwicklung beider Indikatoren im OECD-Durchschnitt läßt sich der Zeitraum von 1973 bis 1989 in zwei Perioden einteilen: die Periode der tiefen ökonomischen Krise (1973-1983) und die Periode der langsamen, aber stetigen Erholung der Wirtschaft (1984 bis 1989) (vgl. OECD 1991a).

³ Die Analyse konzentriert sich auf die 18 OECD-Länder, die während des Untersuchungszeitraums demokratisch regierte, marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaften waren und für die vergleichbare Daten verfügbar sind. Dies sind: Australien, Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Japan, Kanada, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, die Schweiz und die USA.

Tabelle 1: Inflation und Arbeitslosigkeit in der OECD, 1973 bis 1983

	Durchschnittliche Inflationsrate 1973–1983 (%)	Durchschnittliche Arbeitslosenquote 1973–1983 (%)
Australien	11,2	5,5
Belgien	8,0	7,2
Bundesrepublik	5,0	4,0
Dänemark	10,4	6,9
Finnland	11,8	4,5
Frankreich	10,9	5,5
Großbritannien	13,3	5,8
Irland	15,3	8,5
Italien	16,2	7,1
Japan	8,2	2,0
Kanada	9,3	7,8
Neuseeland	13,4	1,8
Niederlande	6,6	6,3
Norwegen	9,5	2,0
Österreich	6,1	2,1
Schweden	9,9	2,3
Schweiz	4,7	0,3
USA	8,2	7,1
Durchschnitt	9,9	4,8

Quelle: OECD 1986; OECD 1991a

rigen ökonomischen Bedingungen der siebziger und frühen achtziger Jahre extrem niedrige Inflationsraten (Tabelle 1). Entgegen dem die wirtschaftswissenschaftliche Theorie lange dominierenden Theorem vom negativen Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität -d.h. der These, daß Preisstabilität nur auf Kosten der Vollbeschäftigung und Vollbeschäftigung nur auf Kosten der Preisstabilität zu verwirklichen ist⁴ -, gehörten die deutschsprachigen Länder in den siebziger und frühen achtziger Jahren auch hinsichtlich der Entwicklung auf dem Arbeits-

⁴ Zum Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität bzw. Arbeitslosigkeit und Inflation siehe Kromphardt 1987 und Rothschild 1988, S. 96 ff.

markt zu den erfolgreichsten bzw. relativ erfolgreichen Nationen: Im Durchschnitt der Jahre 1973 bis 1983 besaßen die Schweiz und Österreich mit die niedrigsten Arbeitslosenquoten innerhalb der OECD, die bundesdeutsche Arbeitslosenquote lag unter dem OECD-Durchschnitt (Tabelle 1).

Im folgenden geht es um die Frage, warum die erfolgreiche Preisstabilitätspolitik der deutschsprachigen Länder zwischen 1973 und 1983 in der Schweiz und in Österreich fast spurlos am Arbeitsmarkt vorüberging und in der Bundesrepublik den Arbeitsmarkt zumindest nicht auffallend stark belastete, d. h. wie es die deutschsprachigen Länder unter den schwierigen Bedingungen der tiefen ökonomischen Krise schafften, neben der Inflationsrate auch die Arbeitslosenquote niedrig bzw. relativ niedrig zu halten.

Betrachtet man die Entwicklung der Arbeitsmarktseite, die normalerweise im Zentrum wissenschaftlicher Analysen zum Thema Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit steht - die Arbeitsnachfrage - (Tabelle 2), zeigt sich schnell, daß diese Arbeitsmarktseite keinen Ansatzpunkt für die Erklärung des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der deutschsprachigen Länder bietet. Die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz fallen zwischen 1973 und 1983 nämlich weder durch eine auffallend gute noch durch eine relativ gute Entwicklung der Nachfrage nach Arbeitskräften auf. Ganz im Gegenteil: sie gehörten zu den Ländern, die die insgesamt ungünstigste Entwicklung der Arbeitsnachfrage, d.h. eine stagnierende bzw. rückläufige Beschäftigung verkraften mußten.

Die Ursachen für die niedrige bzw. relativ niedrige Arbeitslosigkeit in der Schweiz, Österreich und der Bundesrepublik müssen folglich auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes liegen. Hier, bei der Entwicklung des Arbeitsangebots müssen in den deutschsprachigen Ländern Dinge passiert sein, die in besonderer Weise arbeitsmarktentlastend wirkten.

Wie entwickelte sich also das Arbeitsangebot in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz im Vergleich zu den anderen OECD-Ländern? Wurde die Angebotsseite des Arbeitsmarktes in den deutschsprachi-

Tabelle 2: Beschäftigungswachstum in der OECD, 1973 bis 1983 (in %)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	Durchs.
Australien	2,8	2,1	-0,4	1,4	0,9	-0,3	1,2	2,8	2,1	0	-1,8	1
Belgien	1,2	1,3	-1,5	-0,7	-0,2	0	1,2	-0,1	-2	-1,3	-1,1	-0,3
Bundesrepublik	0,7	-1,3	-2,8	-0,8	-0,2	0,6	1,4	1,1	-0,7	-1,7	-1,5	-0,5
Dänemark	1,5	0	-2,8	1,8	0,8	1	1,2	-0,5	-1,3	0,4	0,3	0,2
Finnland	2,3	2,7	-0,6	-1,5	-2	-1,4	2,5	3,2	1,1	1	0,6	0,7
Frankreich	1,4	0,9	-1	0,8	0,8	0,3	0,1	0,2	-0,7	0,3	-0,3	0,3
Großbritannien	2	0,3	-0,6	-0,7	0,1	0,8	1,3	-1	-3,4	-1,9	-0,2	-0,3
Irland	1,4	1,4	-0,8	-0,8	1,8	2,5	3,2	1	-0,9	0,2	-2,1	0,6
Italien	0,8	1,7	0,2	0,8	0,5	0,7	1	0,8	0,5	0,6	0,6	0,7
Japan	2,6	-0,4	-0,3	0,9	1,3	1,3	1,3	1	0,8	1	1,7	1
Kanada	5	4,2	1,7	2,1	1,8	3,5	4,1	3	2,8	-3,3	0,8	2,3
Neuseeland	3,5	4,3	1,7	1,7	1,5	-0,6	1,4	-0,1	-0,2	1,7	-1,1	1,3
Niederlande	-0,2	0,2	-0,7	0	0,2	0,7	1,3	0,7	-1,5	-2,5	-1,9	-0,3
Norwegen	0,3	0,3	2,9	4,7	2	1,7	1	1,9	1,4	0,4	0,1	1,5
Österreich	0,5	0	-2,2	0,2	1,4	0,9	1,2	0,7	0,6	-0,9	-1	0,1
Schweden	0,4	2	2	0,3	0,2	0,4	1,5	1,1	0,2	-0,2	0,2	1,7
Schweiz	1	-0,1	-4,8	-2,9	0,4	1	1	2,2	1,4	-0,7	-1,2	-0,2
USA	3,6	2,1	-1,1	3,4	3,7	4,4	2,9	0,5	1,1	-0,9	1,3	1,9
Durchschnitt	1,7	1,2	-0,6	0,6	0,8	1	1,6	1	0,1	-0,4	-0,4	0,6

aus: OECD 1988d

gen Ländern in besonderem Ausmaß zur Regulierung des Arbeitsmarktgeschehens, d. h. zur Reduzierung von Arbeitsmarktungleichgewichten genutzt? Und wenn ja: warum verfolgte man bzw. konnte man in den deutschsprachigen Ländern eine Strategie der Arbeitsangebotsregulierung verfolgen und, in welchem Ausmaß reduzierte man damit das Niveau der offenen Arbeitslosigkeit?

2 Theoretischer Bezugsrahmen und Forschungsdesign

Die folgende Analyse steht in der Tradition der neueren politikwissenschaftlichen Arbeitsmarktforschung⁵ und folgt einem um sozio-kulturelle Faktoren erweiterten politisch-institutionellen Ansatz. Im Gegensatz zu ökonomischen Erklärungsmodellen von Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit⁶ werden also vor allem politische, politisch-institutionelle und sozio-kulturelle Größen als erklärende Variablen herangezogen. Dies bedeutet nicht, daß die Analyse die Bedeutung ökonomischer Größen für das Arbeitsangebot oder das Arbeitsmarktgeschehen insgesamt leugnet – die sich verschlechternde ökonomische Lage nach 1973 wird einer ihrer Erklärungsfaktoren sein –, es heißt vielmehr, daß sie von der Relevanz der in der ökonomischen Theorie vernachlässigten sozio-kulturellen und politisch-institutionellen Bedingungen für die Entwicklung des Arbeitsangebots ausgeht und versucht diese nachzuweisen⁷.

Dies geschieht, indem zunächst die These von der in besonderer Weise arbeitsmarktentlastenden Entwicklung des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern überprüft wird, also die Entwicklung des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern mit der in den anderen OECD-Ländern verglichen wird. Der anschließende Hauptteil des Aufsatzes ist der Erklärung der Entwicklung des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern gewidmet. Er besteht aus vier Abschnitten, von denen jeweils einer die Entwicklung des Arbeitsangebots der Jugendlichen, der älteren Arbeitnehmer, der Ausländer und der Frauen international vergleichend analysiert⁸ und in deren Anschluß die Frage nach dem Ausmaß und den Erfolgsbedingungen der politischen Regulierung des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern beant-

wortet wird. Abschließend geht es dann um die Frage, welche Auswirkungen die Entwicklung des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern nach 1973 auf das Niveau ihrer Arbeitslosenquote am Ende des Untersuchungszeitraums hatte.

Als Indikator für das Arbeitsangebot wird vor allem die Erwerbsquote – d. h. der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) bzw. der Anteil der Erwerbspersonen einer bestimmten Alters- oder Sozialgruppe an der Gesamtheit dieser Gruppe – verwendet⁹. In den Fällen, in denen Restriktionen des Datenmaterials die Verwendung der Erwerbsquote unmöglich machen, wird auf die Zahl der Erwerbspersonen bzw. der Beschäftigten zurückgegriffen¹⁰.

Die Untersuchungsperiode (1973 bis 1983) ist durch den Ausgangspunkt der Analyse – die Tatsache, daß die deutschsprachigen Länder in dieser Zeit trotz ihrer Orientierung auf Preisstabilität und trotz einer ausgesprochen ungünstigen Entwicklung der Arbeitsnachfrage eine auffallend niedrige bzw. relativ niedrige durchschnittliche Arbeitslosenquote aufweisen – vorgegeben. Sie ist jedoch auch aufgrund einer der grundsätzlichen Annahmen dieser Studie – nämlich der, daß politische, politisch-institutionelle und sozio-kulturelle Faktoren eine wichtige Rolle für das Niveau und die Entwicklung des Arbeitsangebots und damit für das Ausmaß von Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt spielen – sinnvoll. Wenn diese Annahme – die ja nichts anderes heißt, als daß politische, soziale und kulturelle Faktoren das Arbeitsangebot steuern – zutrifft, dann müßte sich dies in der tiefen ökonomischen Krisenperiode zwischen 1973 und 1983 in besonderem Ausmaß zeigen. Denn gerade in ökonomischen Krisenphasen wird ein steuerndes Eingreifen in den Arbeitsmarkt verlangt, um das Ausmaß, in der die Erschütterungen der Ökonomie zu Arbeitsmarktkrisen führen, zu reduzieren.

3 Entwicklung des Arbeitsangebots in der OECD zwischen 1973 und 1983

Die Entwicklung des Arbeitsangebots der OECD-Länder zwischen 1973 und 1983 läßt sich besonders gut vergleichen, wenn man die Erwerbsquote der einzelnen Länder in ihre Bestandteile – die Zahl der Erwerbspersonen und den Umfang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre) – zerlegt und die Veränderungen beider Größen zueinander in Beziehung setzt. In Schaubild 1 ist dies geschehen. Auf der x-Achse sind die durchschnittlichen Wachstumsraten der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – und damit die Veränderungen des „potentiellen Arbeitsangebots“ – abgetragen, auf der y-Achse die durchschnittlichen Wachstumsraten der Zahl der Erwerbspersonen – und damit die Veränderungen des „tatsächlichen Arbeitsangebots“.

Zwei Dinge lassen sich aus dem Schaubild ablesen:

1. Wie zu erwarten, gibt es während des Untersuchungszeitraums eine positive Korrelation zwischen dem Wachstum des potentiellen Arbeitsangebots und dem Wachstum des tatsächlichen Arbeitsangebots ($r = .75$)¹¹: Je größer die Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, desto größer die Zunahme der Zahl derer, die ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anbieten.

⁵ Diese ist vor allem mit den Namen Fritz Scharpf, Günther Schmid und Manfred G. Schmidt verbunden (siehe Literaturverzeichnis).

⁶ Überblickartige Zusammenfassungen finden sich bei Lindbeck/Snowder 1985, Rothschild 1988 und Sesselmeier/Blauermeier 1990.

⁷ Nicht alle ökonomischen Erklärungsmodelle von Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit vernachlässigen politische und politisch-institutionelle Faktoren. Das zeigt z. B. die enorm breit angelegte Analyse von Layard/Nickel/-Jackman (1991).

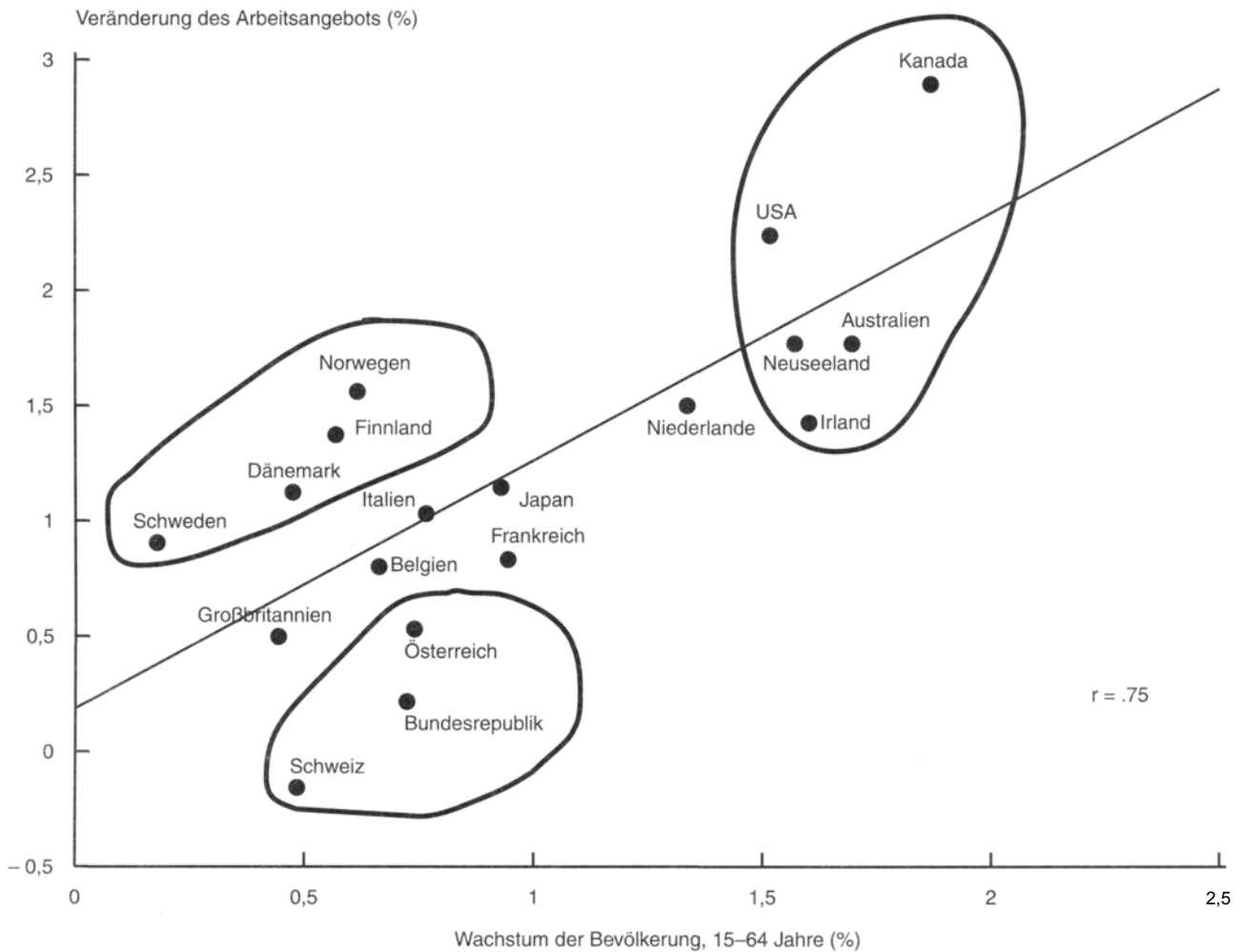
⁸ Diese getrennte Betrachtung einzelner Subgruppen des Arbeitsangebots ist zum einen notwendig, da das Arbeitsangebot innerhalb einer Gesellschaft je nach Alter, Geschlecht und Nationalität (bzw. der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit zur inländischen Bevölkerung) der Gesellschaftsmitglieder variiert und durch jeweils eigene Einflußfaktoren determiniert wird (vgl. Cornetz 1986; Sorrentino 1983; Schettkat 1987a); zum anderen ist sie sinnvoll, da sie die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes reduziert.

⁹ Die Erwerbsquote mißt nicht das in einer Volkswirtschaft insgesamt angebotene Arbeitsvolumen, da sie den Faktor Arbeitszeit außer acht läßt. Sie mißt vielmehr das Ausmaß der Integration der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt, da sie die relative Zahl der Personen erfaßt, die ihre Arbeitskraft anbieten (vgl. Schettkat 1987b).

¹⁰ Dies trifft vor allem für den Abschnitt über die ausländischen Arbeitnehmer zu, wo es nur zur Zahl der beschäftigten Ausländer international vergleichende Daten gibt.

¹¹ „r“ ist die allgemein übliche Bezeichnung für den Korrelationskoeffizienten von Pearson. Dieser kann Werte zwischen -1 (= perfekter negativer Zusammenhang) und +1 (= perfekter positiver Zusammenhang) annehmen.

Schaubild 1: Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15–64 Jahre) und Veränderung des Arbeitsangebots in der OECD, 1973 bis 1983 (jeweils durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in Prozent)



Quelle: OECD 1989a

2. Hinsichtlich der Entwicklung des tatsächlichen Arbeitsangebots im Verhältnis zur Entwicklung des potentiellen Arbeitsangebots gibt es auffällige Unterschiede zwischen den Ländern bzw. einzelnen Länder-Gruppen: Während die skandinavischen Länder durchweg oberhalb der Trendlinie liegen, also einen im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung zu starken Anstieg der Erwerbspersonenzahl aufweisen, liegen die deutschsprachigen Länder durchweg unterhalb der Trendlinie, haben also einen im Verhältnis zur Bevölkerungsentwicklung zu geringen Anstieg der Erwerbspersonenzahl. Die anglo-amerikanischen Länder liegen – mit Ausnahme Großbritanniens – alle im rechten oberen Teil des Schaubildes, sind also durch ein starkes Bevölkerungswachstum und einen starken Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen gekennzeichnet; allerdings liegen die USA und Kanada deutlich über der Trendlinie, Neuseeland und Australien in der Nähe der Trendlinie und Irland deutlich unter der Trendlinie.

Für die jeweiligen Veränderungen der Erwerbsquote bedeuten diese Ergebnisse – und die Statistiken der OECD bestätigen dies – folgendes: Die skandinavischen Länder, die USA und Kanada weisen einen deutlichen Anstieg der Erwerbsquote auf – er liegt zwischen 4.7 und 7.8 Prozentpunkten; die deutschsprachigen Länder erleben einen

Rückgang – in der Schweiz nimmt die Quote um 5.7 Prozentpunkte ab, in der Bundesrepublik um 3.7 Prozentpunkte und in Österreich um 0.6 Prozentpunkte. Die übrigen Länder zeigen mittlere Veränderungen (vgl. OECD 1989a).

Die deutschsprachigen Länder zeichnen sich also tatsächlich durch eine im internationalen Vergleich auffällig arbeitsmarktentlastende Entwicklung des Arbeitsangebots aus. Während die skandinavischen Länder, die USA und Kanada einen deutlichen Anstieg des Arbeitsangebots erlebten, weisen sie einen – wenn auch mehr oder weniger deutlichen – Rückgang auf.

4 Verursacher und Determinanten der Arbeitsangebotsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz

Bei der Suche nach den Verursachern und Bestimmungsfaktoren des auffälligen Rückgangs des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern setzt man Sinnvollerweise bei den Bevölkerungsgruppen an, für die die Beteiligung am Erwerbsleben nicht unbedingt der Normalfall ist, sondern denen aufgrund ihres Alters, ihres Geschlechts

u. a. m. gesellschaftlich anerkannte Alternativen zum Erwerbsleben – „Existenzformen außerhalb des Arbeitsmarktes“ (Offe/Hinrichs 1977, S. 35) – zur Verfügung stehen. Dies trifft vor allem für Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Ausländer und Frauen zu. Sie können prinzipiell immer zwischen der Teilnahme am Erwerbsleben und der ihnen eigenen Alternative zum Erwerbsleben – dem Verbleib im Bildungssektor, dem Übertritt in die Pension, dem Hineinschlüpfen in die Hausfrauenrolle und der Rückkehr ins Heimatland – wählen und kommen daher eher als andere als Verursacher von Variationen des Arbeitsangebots in Betracht.

4.1 Jugendliche

Schaut man sich zunächst die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen (15 bis 24 Jahre) im OECD-Vergleich an¹², erkennt man hinsichtlich der deutschsprachigen Länder zweierlei:

1. Sie gehören zur Gruppe der Länder, die im Untersuchungszeitraum einen Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen erlebten; und
2. sie erlebten einen *deutlichen* Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen: In der Bundesrepublik Deutschland nahm die Jugend-Erwerbsquote mehr ab als in jedem anderen Land; in Österreich und in der Schweiz sank sie am viert- bzw. fünftstärksten (Tabelle 3). Die Jugendlichen sind also offensichtlich für den Rückgang des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern mitverantwortlich. Doch was veranlaßte sie, ihre Beteiligung am Erwerbsleben einzuschränken, während ihre Altersgenossen in anderen Ländern diese ausdehnten?

¹² Für Belgien, Dänemark und Neuseeland stehen keine vergleichbaren Daten zur Verfügung.

Folgt man der bisherigen Forschung, so gibt es zwei Ansätze zur Beantwortung dieser Frage. Der erste geht von einer direkten Beziehung zwischen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen aus und mündet in der These: Je mehr sich die Arbeitsmarktlage insgesamt und speziell für Jugendliche in ökonomischen Krisenzeiten verschlechtert, desto später bieten Jugendliche ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt an und desto niedriger ist folglich ihre Erwerbsquote (vgl. Blien/Tessaring 1989; OECD 1983, S. 19).

Ein Blick auf die entsprechenden Daten (Tabelle 3) zeigt, daß diese These keinen Beitrag zur Erklärung des Rückgangs der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen in den deutschsprachigen Ländern leistet. Sollte sie dies tun, dann hätten sich in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz – und auch in den anderen Ländern, die einen Rückgang der Erwerbsquote der Jugendlichen erlebten – die Arbeitsmarktbedingungen insgesamt und speziell für Jugendliche in einem im internationalen Vergleich auffälligen Ausmaß verschlechtern müssen. Doch weder war dies der Fall, noch gab es zwischen 1973 und 1983 überhaupt eine Beziehung zwischen der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen: Die aggregierte Arbeitslosenquote und die Jugend-Arbeitslosenquote stiegen nicht nur in den Ländern, in denen die Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen sank, sondern auch in denen – und zwar teilweise stark (siehe Großbritannien) –, in denen die Erwerbsquote der Jugendlichen stieg; und: Die beiden Arbeitslosenquoten nahmen nur in zwei von den Ländern, die einen Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen erlebten, auffallend stark zu: in den Niederlanden und Irland. In den anderen Ländern, die einen Rückgang der Erwerbsquote der Jugendlichen aufwiesen, stieg entweder die Jugend-Arbeitslosigkeit nur in einem mittleren

Tabelle 3: Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen (15–24 Jahre), Arbeitslosigkeit, Jugend-Arbeitslosigkeit und Anteil der Studenten an der Bevölkerung in der OECD, 1973 bis 1983 (bzw. 1970 bis 1985)

	JEQ 73 (%)	JEQ 83 (%)	DJEQ 73–83 (% PDi)	DALQ 73–83 (% PDi)	JALQ ³ 73 (%)	JALQ ³ 83 (%)	DJALQ 73–83 (% PDi)	STUD 70 (pro 100000 Einwohner)	STUD 85	DSTUD 75–85 (%)
Australien	67,0	69,1	2,1	7,5	3,3	17,9	14,6	1431	2348	64,1
Bundesrepublik	65,4	56,3	-9,1	7,2	0,9	10,7	9,8	830	2540	206,0
Finnland	60,6	57,1	-3,5	3,1	4,5	10,5	6,0	1298	2611	101,2
Frankreich	51,3	46,1	-5,2	5,6	4,0	19,7	15,7	1581	2318	46,6
Großbritannien	69,9	72,4	2,5	9,0	3,1	23,4	20,3	1084	1824	68,3
Irland	61,9 ¹	58,6	-3,3	8,3	9,1	20,1	11,0	965	1979	105,1
Italien	40,5	44,6	4,1	3,1	12,6	30,5	17,9	1283	2074	61,7
Japan	52,8	44,2	-8,6	1,3	2,3	4,5	2,2	1744	1944	11,5
Kanada	58,4	66,1	7,7	6,3	10,1	19,9	9,8	2999	5100	70,1
Niederlande	55,0	51,5	-3,5	9,6	2,8	24,9	22,2	1774	2795	57,6
Norwegen	49,1	60,9	11,8	1,9	5,6	8,9	3,3	1291	2280	76,7
Österreich	65,3	61,5	-3,8	2,8		4,9		803	2309	187,5
Schweden	64,1	65,4	1,3	1,0	5,2	8,0	2,8	1756	2200	25,3
Schweiz	70,7 ²	67,0 ²	-3,7	0,9		1,3 ⁴		821	1702	107,3
USA	64,9	67,5	2,6	4,7	9,9	16,4	6,5	4148	5118	23,4
Durchschnitt	59,8	59,2	-0,6	5,1	5,6	14,8	9,5	1587	2609	80,8

JEQ = Jugend-Erwerbsquote; DJEQ = Veränderung der Jugend-Erwerbsquote; DALQ = Veränderung der aggregierten Arbeitslosenquote; JALQ = Jugend-Arbeitslosenquote (15-24 Jahre); DJALQ = Veränderung der Jugend-Arbeitslosenquote; STUD = Zahl der Studenten pro 100000 Einwohner; DSTUD = Veränderung der Zahl der Studenten pro 100000 Einwohner; (%) = in Prozent; (% PDi) = Prozentpunkt-Differenz.

¹ = 1975; ² = EQ 1970 und 1980 (berechnet nach: Bundesamt für Statistik 1985/United Nations: Demographic Yearbooks; ³ = vgl. OECD 1989a; ⁴ = berechnet anhand von Daten des BIGA;

Quellen: OECD 1989a, Biffi 1988, Bundesamt für Statistik 1985, United Nations: Demographic Yearbooks, Bundesministerium für soziale Verwaltung 1984, Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA), UNESCO: Statistical Yearbooks

Ausmaß – wie in der Bundesrepublik Deutschland –, oder die Arbeitsmarktlage verschlechterte sich sowohl insgesamt als auch für Jugendliche kaum – wie in Japan, Österreich und der Schweiz¹³.

Der zweite Erklärungsansatz für den Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen in den deutschsprachigen Ländern konzentriert sich auf die oben bereits genannte Alternative, die Jugendliche zum Erwerbsleben haben: den Verbleib im Bildungssektor. Nicht nur theoretisch orientierte Arbeitsmarktstudien (z. B. Offe 1975), auch zahlreiche empirische Analysen (z. B. Blien/Tessaring 1989; Franz/König, 1986; OECD, 1983) lassen den Schluß zu, daß es eine direkte Beziehung zwischen der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen und der Entwicklung ihrer Bildungsbeteiligung gibt: Je größer die Zunahme der Bildungsbeteiligung, desto größer der Rückgang der Erwerbsbeteiligung und umgekehrt. Der deutliche Rückgang der Erwerbsquote der Jugendlichen in den deutschsprachigen Ländern könnte also auch mit einem besonders starken Anstieg der Bildungsbeteiligung zusammenhängen. Und er tut es. Gemessen am Anteil der Studenten an der Bevölkerung weisen die deutschsprachigen Länder in den siebziger und frühen achtziger Jahren den absolut größten Anstieg der Bildungsbeteiligung in der OECD auf (Tabelle 3)¹⁴. In der Bundesrepublik und in Österreich stieg die Zahl der Studenten im Verhältnis zur Bevölkerung um mehr als das Doppelte als im Durchschnitt der OECD-Länder insgesamt; in der Schweiz stieg sie zwar deutlich weniger, aber immer noch mehr als in allen anderen OECD-Ländern¹⁵.

Warum dem so war, läßt sich – zumindest zum Teil – anhand eines gewissen „Nachholbedarfs“ der deutschsprachigen Länder hinsichtlich des Ausmaßes der Bildungsbeteiligung erklären. Anfang der siebziger Jahre besaßen die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz die geringste Zahl an Studenten im Verhältnis zur Bevölkerung in der gesamten OECD (Tabelle 3). Der eigentliche Hintergrund der starken Zunahme der Bildungsbeteiligung in den deutschsprachigen Ländern liegt jedoch weiter zurück. Es ist die „Bildungsmobilisierung“ der sechziger Jahre, d. h. eine politische Reaktion auf das anhaltende Wirtschaftswachstum (und die damit steigende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften), die zunehmende Angleichung der Lebensverhältnisse und die zunehmende Thematisierung der nach wie vor bestehenden Ungleich-

heit innerhalb der Gesellschaft in der damaligen Zeit (Schneider 1983, S. 68). Diese Bildungsmobilisierung, die sich in einer beträchtlichen Expansion der staatlichen Bildungsausgaben äußerte (vgl. OECD 1985c), war zwar keine Besonderheit der deutschsprachigen Länder, sie hat aber – wie die langfristigen Daten zeigen – den zunehmenden Anstieg der Bildungsbeteiligung, den die Mehrzahl der OECD-Länder verstärkt in den sechziger Jahren und die deutschsprachigen Länder verstärkt in den siebziger und frühen achtziger Jahren erlebten, erst ausgelöst (vgl. UNESCO, 1969, 1976, 1981).

4.2 Ältere Arbeitnehmer

Die Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer (55 bis 64 Jahre)¹⁶ – die Analyse konzentriert sich auf die unter Erwerbsbeteiligungsgesichtspunkten wichtigere Gruppe der männlichen Bevölkerung – entwickelte sich in den deutschsprachigen Ländern nicht auffallend anders als in der OECD insgesamt: Sie ging zurück, aber nicht auffallend stark. In der Bundesrepublik Deutschland sank sie deutlich, aber weniger als in den Niederlanden, Australien, Frankreich, Großbritannien und Finnland; in Österreich nahm sie im Ausmaß des OECD-Durchschnitts ab; und in der Schweiz verminderte sie sich – läßt man die auf Restriktionen des Datenmaterials zurückgehende eingeschränkte Vergleichbarkeit der Schweiz mit den übrigen Ländern einmal außer acht – auffallend wenig (Tabelle 4). Die 55- bis 64jährigen reduzierten ihr Arbeitsangebot in den deutschsprachigen Ländern also nicht mehr als in anderen Ländern, aber sie reduzierten es (und trugen damit zum Rückgang des gesamten Arbeitsangebots bei), und dies verlangt nach einer Erklärung.

Folgt man den Analysen von Esping-Andersen und Sonnberger (1989, 1990), dann gibt es zwei Dinge, die die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer reduzieren können: sich verschlechternde Arbeitsmarktbedingungen und politische Maßnahmen zur Erleichterung des Übertritts in die Pension. Erstere wirken über sog. „push-Effekte“, d. h. sie führen zur Verdrängung älterer Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt, letztere besitzen sog. „pull-Effekte“, d. h. sie veranlassen ältere Arbeitnehmer, den Arbeitsmarkt früher als normal zu verlassen, sie ziehen sie also quasi aus dem Erwerbsleben heraus (Esping-Andersen/Sonnberger, 1989).

Beide Effekte, so läßt sich zeigen, spielten in der Zeit von 1973 bis 1983 in der OECD eine wichtige Rolle. Betrachtet man die Entwicklung der aggregierten Arbeitslosenquote und der Arbeitslosenquote der älteren Arbeitnehmer (Tabelle 4), stellt man zunächst fest, daß es eine eindeutige Beziehung zwischen der Stärke der existierenden „push-Effekte“ und dem Ausmaß des Rückgangs der Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer gibt: Die Länder, die den stärksten Rückgang der Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer zu verzeichnen haben, sind – abgesehen von Finnland – gleichzeitig diejenigen mit einem starken Anstieg der aggregierten Arbeitslosenquote und dem stärksten Anstieg der Arbeitslosenquote der älteren Arbeitnehmer; und die meisten der Länder, die den geringsten Rückgang der Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer erlebten, sind gleichzeitig diejenigen mit dem geringsten Anstieg der aggregierten Arbeitslosenquote und der Arbeitslosenquote der älteren Arbeitnehmer. Ausgerechnet eines der deutschsprachigen Länder – Österreich – paßt jedoch nicht in dieses Bild. Hier nimmt die Erwerbsquote der 55- bis 64jährigen gemessen an der Stärke der existierenden „push-

¹³ Für die Fälle Österreich und Schweiz läßt die Datenlage zwar keine genauen Aussagen zur Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit zu, doch läßt sich aufgrund der sich insgesamt auffallend wenig verschlechternden Arbeitsmarktlage vermuten, daß auch das Arbeitslosigkeitsrisiko der Jugendlichen relativ gering war.

¹⁴ Da die entsprechenden Daten für die Jahre 1973 und 1983 nicht vorliegen, wurden hier die Daten für die Jahre 1970 und 1985 verwendet.

¹⁵ Für die OECD insgesamt läßt sich – gemessen am hier verwendeten Indikator – kein Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung und der Entwicklung der Bildungsbeteiligung nachweisen. Der Anteil der Studenten an der Bevölkerung stieg zwischen 1970 und 1985 nämlich nicht nur in den Ländern, in denen die Erwerbsquote der Jugendlichen nach 1973 sank, sondern auch in denen, in denen die Erwerbsquote der Jugendlichen nach 1973 stieg. Zumindest im Falle der USA hängt dieser parallele Anstieg von Bildungs- und Erwerbsbeteiligung damit zusammen, daß die Jugendlichen, die neben ihrer Ausbildung erwerbstätig sind, als Erwerbspersonen gezählt werden (vgl. OECD 1983; S. 18).

¹⁶ Der Ausdruck „Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer“ ist als Bezeichnung für das Ausmaß der Integration der 55- bis 64jährigen ins Erwerbsleben insofern unscharf, als ein „Arbeitnehmer“ immer erwerbstätig und damit am Erwerbsleben beteiligt ist. Er ist jedoch in der Forschungsliteratur gebräuchlich, weshalb er im folgenden dem exakteren Ausdruck „Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64jährigen“ vorgezogen wird.

Tabelle 4: Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64jährigen, Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit unter den 55- bis 64jährigen und Typen des Wohlfahrtsstaates in der OECD, 1973 bis 1983

	ÄEQ 73 (%)	ÄEQ 83 (%)	DÄEQ 73-83 (% PDI)	Rang ¹ bzgl. Rückg.	DALQ 73-83 (% PDI)	ÄALQ 73 (%)	ÄALQ 83 (%)	DÄALQ 73-83 (% PDI)	Typus des Wohlfahrtsstaates ⁸
Australien	82,6	62,0	-20,6	2	7,5	0,8	6,5	5,7	radikal
Bundesrepublik	73,4	60,2	-13,2	6	7,2	1,6	8,5	6,9	konservativ
Finnland	67,6	54,1	-13,5	5	3,1	1,4	5,1	3,7	radikal
Frankreich	72,1	53,6	-18,5	3	5,6	1,9	6,0	4,1	konservativ
Großbritannien	87,7	71,7	-16,0	4	9,0	5,7	13,9	8,2	radikal
Irland	83,8 ²	78,0	- 5,8	10	8,3	9,4 ⁵	11,2	1,8	(liberal)
Japan	86,8	84,7	- 2,1	14	1,3	1,8	5,0	3,2	liberal
Kanada	81,3	72,3	- 9,0	8	6,3	4,7	8,2	3,5	(liberal)
Niederlande	77,2	54,2	-23,0	1	9,6	2,5	14,9	12,4	konservativ
Norwegen	84,0	78,8	- 5,2	12	1,9	0,7	1,4	0,7	sozialdemokratisch
Österreich	63,5 ³	52,4 ³	-11,1	7	2,8		1,0 ⁶		konservativ
Schweden	82,7 ⁴	77,0 ⁴	- 5,7	11	1,0	2,1	4,0	1,9	sozialdemokratisch
Schweiz	91,2	88,8	- 2,4	13	0,9		0,4 ⁷		liberal
USA	76,9	68,8	- 8,1	9	4,7	2,4	6,1	3,7	liberal
Durchschnitt	79,3	68,3	-11,0		5,1	2,9	6,6	4,7	

ÄEQ = Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer; DÄEQ = Veränderung der Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer; DALQ = Veränderung der aggregierten Arbeitslosenquote; ÄALQ = Arbeitslosenquote der 55- bis 64jährigen; DÄALQ = Veränderung der Arbeitslosenquote der 55- bis 64jährigen; (%) = in Prozent; (% PDI) = Prozentpunkt-Differenz.

¹ = 1: stärkster Rückgang der Erwerbsquote, 14: schwächster Rückgang der Erwerbsquote; ² = 1975; ³ = berechnet nach Biffl 1988, S. 245 ff.; ⁴ = EQ 1970 und 1980; ⁵ = 1971; – berechnet anhand von Daten des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und Biffl 1988; ⁷ = berechnet anhand von Daten des BIGA; ⁸ = zur Charakterisierung des kanadischen und irischen Wohlfahrtsstaates als „liberal“ siehe Castles/Mitchell (im Erscheinen)

Quellen: OECD 1989a und c, Biffl 1988, United Nations: Demographic Yearbooks, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA), Castles/Mitchell (im Erscheinen)

Effekte“ zu viel ab. Der Faktor „sich verschlechternde Arbeitsmarktbedingungen“ kann den Rückzug der älteren Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt in Österreich folglich nicht erklären.

Der Faktor „politische Maßnahmen“ – die anhand der existierenden Frühverrentungsmöglichkeiten sichtbar werdenden „pull-Effekte“ – können dies dafür um so besser. Dies zeigt ein Blick hinter die Kulissen, d. h. auf die der Verrentungspolitik der OECD-Länder zugrundeliegenden Prinzipien der Sozialpolitik bzw. die verschiedenen „Typen des Wohlfahrtsstaates“. Aus den Analysen von Esping-Andersen und Sonnberger und der an sie anknüpfenden Forschung (z. B. Schmidt 1988b) läßt sich ableiten, daß bestimmte Wohlfahrtsstaatstypen „demographische Instrumente“ wie die Frühverrentung eher zur Steuerung des Arbeitsmarktes nutzen als andere, daß es also eine Beziehung zwischen dem Ausmaß des Rückgangs der Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer und den verschiedenen Typen des Wohlfahrtsstaates gibt. Genau dies war zwischen 1973 und 1983 der Fall: Die Länder, die relativ geringe Rückgänge der Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer erlebten, sind sozialdemokratische bzw. liberale Wohlfahrtsstaaten, und die Länder, die relativ starke Rückgänge der Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer erlebten, sind konservative bzw. radikale¹⁷ Wohlfahrtsstaaten (Tabelle 4).

Erklären läßt sich dieser Zusammenhang anhand der Charakteristika der einzelnen Wohlfahrtsstaatstypen (vgl. hierzu Schmidt 1988b, S. 158 ff.): So besitzt der sozialde-

mokratische Wohlfahrtsstaat der skandinavischen Länder zwar weitgehende Frühverrentungsmöglichkeiten (vgl. Heinelt 1991), doch machen die ihm eigene staatliche Vollbeschäftigungspflichtung und die auf dieser Verpflichtung aufbauende umfassende Vollbeschäftigungspolitik ihre Nutzung weitgehend unnötig. Der konservative Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik, Frankreichs, der Niederlande und Österreichs besitzt ebenfalls weitgehende Frühverrentungsmöglichkeiten (vgl. Heinelt 1991; Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik 1981b; Talos 1987), und hier führen die eingeschränkte Verantwortung des Staates für das Arbeitsmarktgeschehen und die nicht zuletzt aus ihr resultierende Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation zu ihrer verbreiteten Nutzung. Der liberale Wohlfahrtsstaat der USA, der Schweiz, Japans, Kanadas und Irlands kennt aufgrund des ihm eigenen Prinzips der weitgehenden Enthaltung des Staates hinsichtlich des Arbeitsmarktgeschehens weder attraktive Frühverrentungsmöglichkeiten (vgl. Bruche/Casey 1982; Casmir 1989, S. 354) noch eine wie auch immer geartete staatliche Verpflichtung für das Arbeitsmarktgeschehen, so daß die rückläufige Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer hier vor allem eine Funktion der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage und/oder des Ausmaßes der regulären finanziellen Absicherung beim Austritt aus dem Erwerbsleben ist. Der radikale Wohlfahrtsstaat Australiens, Finnlands und Großbritanniens schließlich kennt – zumindest im Falle Großbritanniens – ebenfalls keine attraktiven Frühverrentungsmaßnahmen (vgl. Esping-Andersen/Sonnberger 1989; Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik 1981b), doch könnte der relativ starke Rückgang der Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer hier – neben den sich verschlechternden Arbeitsmarktbedingungen – mit den „equalising social policy instruments“, die diesen Wohlfahrtsstaatstypus vom liberalen Wohlfahrtsstaat unterscheiden, zusammenhängen. Dies müßte jedoch genauer geprüft werden.

¹⁷ Den Typus des „radikalen“ Wohlfahrtsstaates identifizierten Castles und Mitchell in einer Erweiterung des Modells von Esping-Andersen und Sonnberger (Castles/Mitchell, im Erscheinen). Er unterscheidet sich vom sozialdemokratischen und konservativen Wohlfahrtsstaat – wie der liberale Wohlfahrtsstaat – durch ein niedriges Niveau der Sozialausgaben und vom liberalen Wohlfahrtsstaat durch das Vorhandensein spezieller „equalising social policy instruments“ (ebenda).

Der Rückgang des Arbeitsangebots der älteren Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz läßt sich also als Funktion der konservativen (Bundesrepublik und Österreich) bzw. liberalen (Schweiz) Ausrichtung des Wohlfahrtsstaates bzw. der damit verbundenen Charakteristika „fehlende Vollbeschäftigungsverpflichtung des Staates“ und „umfassende Frühverrentungspolitik“ (Bundesrepublik und Österreich) bzw. „fehlende Vollbeschäftigungsverpflichtung des Staates“ und „fehlende Frühverrentungspolitik“ (Schweiz) verstehen.

4.3 Ausländer

Das Arbeitsangebot der Ausländer entwickelte sich in den deutschsprachigen Ländern nach 1973 deutlich anders als in anderen Ländern. Während in den Ländern Westeuropas, die neben der Schweiz, der Bundesrepublik Deutschland und Österreich für die Beschäftigung von Ausländern bekannt sind – Frankreich, Belgien, Schweden und die Niederlande –, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte noch leicht zunahm¹⁸, und in den außereuropäischen Ländern – vor allem den USA, Kanada und Australien – der Zustrom von Ausländern einen insgesamt steigenden bzw. nur leicht rückläufigen Trend aufwies (vgl. OECD 1985a, S. 58), nahm das Angebot ausländischer Arbeitskräfte in den deutschsprachigen Ländern drastisch ab (vgl. Schaubild 2): In der Bundesrepublik verminderte sich die Zahl ausländischer Arbeitnehmer bis 1976 um 25,4 Prozent, in Österreich um 23,4 Prozent und in der Schweiz – dem Land, das Anfang der siebziger Jahre im Verhältnis zum Arbeitsangebot insgesamt am meisten ausländische Arbeitskräfte beschäftigte¹⁹ – um 22,7 Prozent²⁰. Die ausländischen Arbeitnehmer wirkten also kräftig am Rückgang des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern mit.

¹⁸ Für den Fall Frankreich sind die vorhandenen Daten äußerst widersprüchlich. Deshalb wurden sie hier nicht aufgenommen.

¹⁹ 1973 waren in der Schweiz 27,9 Prozent der Erwerbstätigen Ausländer, in der Bundesrepublik 9,3 Prozent und in Österreich 7,4 Prozent (OECD 1985b, S. 40). Die deutschsprachigen Länder besaßen damit den größten Anteil ausländischer Arbeitskräfte am Arbeitsangebot in der OECD.

²⁰ Berechnet anhand verschiedener Statistischer Jahrbücher der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz.

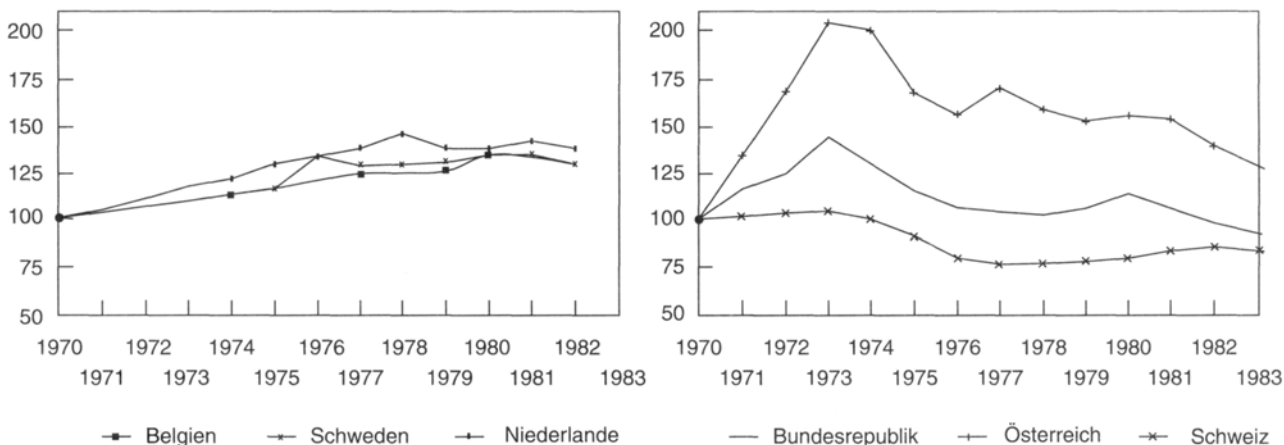
²¹ Das Instrument der Zuzugsbegrenzung von Ausländern steht den anglo-amerikanischen Ländern natürlich ebenso wie den deutschsprachigen zur Verfügung. Die jährlich eintreffenden Nachrichten über den Kampf um Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen in den USA zeigen, daß es auch massiv genutzt wird.

Warum sie dies taten – so zeigt die Forschungsliteratur –, läßt sich politisch bzw. politisch-historisch und politisch-kulturell erklären: Die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz besitzen nämlich ein Konzept der Ausländerbeschäftigungspolitik, das es in besonderer Weise ermöglicht, die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer den jeweiligen konjunkturellen Bedürfnissen anzupassen: das sog. „Gastarbeiter-Konzept“ (vgl. Thränhardt 1975, S. 83 f.). Ausgehend vom Prinzip des „prioritären Schutzes der einheimischen Arbeitskräfte“ (Schmidt 1985, S. 56) zielt dieses Konzept auf eine mehr oder weniger kontinuierliche Rotation ausländischer Arbeitskräfte. Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen von Ausländern werden zeitlich befristet, der Familiennachzug wird begrenzt und die Möglichkeiten der Einbürgerung werden gering gehalten (vgl. Bruche 1983; Castles 1984; Castles/Kosack 1985; Leitner 1986; Therborn 1985; Tichy 1990).

Dieses Ausländerbeschäftigungskonzept unterscheidet die deutschsprachigen Länder deutlich von anderen europäischen Ländern, vor allem aber von den anglo-amerikanischen Ländern: Nicht nur die imperialen Bande, die die anglo-amerikanischen Länder auszeichnen, auch die lange Tradition der USA, Kanadas, Australiens und Neuseelands als Immigrations- oder Siedlungsländer haben hier zu einer anderen Politik gegenüber Ausländern geführt: Nicht Rotation, sondern Integration lautet das Ziel (vgl. Jupp 1991, S. 31). Das, was ein Großteil ausländischer Arbeitnehmer in den deutschsprachigen Ländern in ökonomischen Krisenzeiten sein kann und ist – ein Steuerungspotential –, können Ausländer in den anglo-amerikanischen Ländern damit nicht sein, zumindest dann nicht, wenn sie bereits im Land sind bzw. aus einem ehemaligen Kolonialland kommen und daher einen Sonderstatus besitzen (vgl. Castles/Kosack 1985, S. 12 f.)²¹.

Warum aber haben die deutschsprachigen Länder ihre Politik gegenüber ausländischen Arbeitnehmern anders ausgerichtet als die anglo-amerikanischen Länder und andere europäische Länder wie beispielsweise Frankreich und die Niederlande? Dafür gibt es vier Gründe: 1. Im Gegensatz zu den anglo-amerikanischen Ländern oder Frankreich und den Niederlanden besitzen die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz weder eine Tradition als klassische Einwanderungsländer noch als bedeutende Kolonialmächte. Sie kennen daher keine aus ihrer Geschichte bedingten und sich nach und nach in der Gesellschaft verfestigenden Integrationsverpflichtungen gegenüber einwanderungswilligen Ausländern. Der *Zuzug* von

Schaubild 2: Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in ausgewählten westeuropäischen Ländern (1970 = 100)



berechnet nach: Werner/König 1984; Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz

Ausländern hat bei ihnen zwar eine lange Tradition (vgl. Thranhardt 1975; Wimmer 1986), resultierte jedoch immer aus vorwiegend ökonomischen Faktoren – d. h. einer vorhandenen Arbeitskräfteknappheit – und galt daher als zeitlich befristete Angelegenheit.

2. Im Vergleich zu den klassischen Einwanderungsländern Kanada, USA, Australien und Neuseeland setzt den deutschsprachigen Ländern ihre geringere Größe gewisse Beschränkungen hinsichtlich der Aufnahme ausländischer Bürger. Dies gilt vor allem für die Kleinstaaten Schweiz und Österreich²².

3. Die Bundesrepublik und Österreich hatten mit dem in der Folge des zweiten Weltkrieges ankommenden Flüchtlingsstrom aus dem Osten einen gewaltigen – quasi „hausgemachten“ – Migrationsdruck zu verkraften und besaßen auch daher einen eingeschränkten Spielraum für eine liberale Einwanderungspolitik.

4. In Österreich und in der Schweiz begünstigen bestimmte politisch-institutionelle Bedingungen eine restriktive Ausrichtung der Ausländerpolitik: In Österreich sorgt die sozialpartnerschaftliche Entscheidungsfindung in wirtschaftspolitisch wichtigen Fragen für ein außerordentlich starkes Mitspracherecht der Gewerkschaften im Bereich der Ausländerpolitik (Wimmer 1986). Da Gewerkschaften im allgemeinen nicht nur an der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt und damit an einem ausreichend großen Arbeitsangebot interessiert sind, sondern weil sie auch – und vor allem – das Interesse ihrer Mitglieder an sicheren Arbeitsplätzen und hohen Löhnen verfolgen, stehen sie einer Ausweitung des Arbeitsangebots durch die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer eher skeptisch gegenüber (vgl. Leitner 1986, S. 202). Diese Skepsis bestimmte die Haltung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) bereits bei der ersten Entscheidung über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer Anfang der sechziger Jahre: Hier setzten sich die Vertreter des ÖGB mit Nachdruck für eine restriktive Handhabung des bereits bestehenden Genehmigungsverfahrens für den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte ein (Bauboock/Wimmer 1988; Mißlbeck 1984). In der Schweiz ermöglichen es die verfassungsmäßig abgesicherten „Artikulationskanäle“ Volksinitiative und Volksentscheid (vgl. Nef 1988) den zahlreichen Gegnern einer liberalen Ausländerpolitik – dies sind vor allem die politisch-ideologisch rechts stehenden „Überfremdungsgegner“ –, bundesweite Kampagnen für eine restriktive Ausländerpolitik durchzuführen und dadurch die politisch entscheidenden Akteure unter Druck zu setzen. Seit Mitte der sechziger Jahre geschieht dies immer häufiger, und es besteht kein Zweifel, daß diese Kampagnen in entscheidendem Ausmaß für die restriktive Ausrichtung der schweizerischen Ausländerpolitik in den siebziger und achtziger Jahren mitverantwortlich sind (Castles 1984, S. 71).

4.4 Frauen

Die Erwerbsquote der Frauen entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz zwischen 1973 und 1983 ebenfalls deutlich anders als in den anderen OECD-Ländern: Sie nahm weder um zweistellige Prozentpunkte zu – wie in den skandinavischen Ländern, Kanada und den USA –, noch stieg sie um 3 bis 9 Prozent-

punkte – wie in den übrigen OECD-Ländern. Sie blieb vielmehr annähernd konstant bzw. ging – wie im Falle der Schweiz – sogar leicht zurück (Tabelle 5). Von Seiten der Frauen ging in den deutschsprachigen Ländern also ein im internationalen Vergleich auffälliger „Dämpfungseffekt“ auf die Angebotsseite des Arbeitsmarktes aus.

Tabelle 5: Frauen-Erwerbsquoten in der OECD, 1973 bis 1983 (in %)

	1973	1983	Veränder. (% Pkt.Dif)
Australien	47,7	52,1	4,4
Belgien	42,5	49,8	7,3
Bundesrepublik	49,6	49,7	0,1
Dänemark	61,9	74,2	12,3
Finnland	63,6	72,7	9,1
Frankreich	50,1	54,4	4,3
Großbritannien	53,2	57,2	4,0
Irland	34,1	37,8	3,7
Italien	33,5 ¹	40,3	6,8
Japan	54,0	57,2	3,2
Kanada	47,2	60,3	13,1
Neuseeland	39,2	45,7	6,5
Niederlande	31,0 ²	40,3	9,3
Norwegen	50,6	65,5	14,9
Österreich	48,5	49,0 ³	0,5
Schweden	62,6	76,6	14,0
Schweiz	54,1	53,3	-0,8
USA	51,1	61,8	10,7
Durchschnitt	43,9	52,7	6,9

¹ = 1971; ² = 1975; ³ = 1981

Quelle: OECD 1989a

Die Frage nach den Determinanten der auffällig konstanten Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz ist nicht leicht zu beantworten. Die unterschiedlichen Niveaus und Entwicklungen der Erwerbsbeteiligung der Frauen in den westlichen Industrieländern sind Gegenstand zahlreicher vergleichender Analysen (z. B. Bach/Brinkmann 1986; MC Mahon 1986; Norris 1987; Schettkat 1987a; Sorrentino 1983). Die neueste und wohl umfassendste Studie zu dieser Frage – die Analyse über die politischen und sozialen Hintergründe geschlechtsspezifischer Teilhabechancen am Arbeitsmarkt von Manfred G. Schmidt (im Erscheinen) – bietet jedoch einen guten Ansatzpunkt für einen empirischen Test. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die

„schwach wachsende bzw. stagnierende Erwerbsquote der Frauen in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz ... in der geringen Zahl von institutionell-kulturellen Schubkräften der Erwerbsbeteiligung von Frauen (wurzelt, d. h.) ... in der Kombination von angebotsseitigen und nachfrageseitigen Faktoren und in der Wirkung von Staats-tätigkeit in der Familienpolitik, der Steuerpolitik und der Sozialpolitik auf Arbeitsangebot und -nachfrage, und (daß) sie ... verankert (ist) in politischen Prozessen, in der Verteilung politischer Macht und in kulturell-religiösen Barrieren“ (S. 85 f.).

Mit Hilfe von Korrelationsanalysen läßt sich zeigen, daß dies für den hier interessierenden Zeitraum zutrifft. Zwischen 1973 und 1983 steht nicht nur eine ganze Reihe der von Schmidt herausgestellten Erklärungsfaktoren der Frauenerwerbstätigkeit in einem starken (r größer/gleich

²² Der leichte Anstieg der Ausländerbeschäftigung in den Niederlanden und Belgien nach 1973 zeigt allerdings, daß die flächenmäßige Beschränkung von Staaten nicht notwendigerweise einen rigiden Umgang mit ausländischen Arbeitnehmern erfordert.

0,5 bzw. kleiner/gleich -0,5) Zusammenhang mit der Veränderung der Frauen-Erwerbsquote innerhalb der OECD (Tabelle 6), auch haben die meisten der Faktoren in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz das erwartete Aussehen, d. h. einen die Erwerbstätigkeit von Frauen „bremsenden“ Charakter²³. So werden die Ökonomien der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz in den siebziger Jahren vom männlich dominierten Industriesektor getragen und nicht vom traditionell viele Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen bietenden Dienstleistungssektor. Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen – eine vor allem von Frauen nachgefragte Beschäftigungsform – ist relativ gering. Der öffentliche Sektor – der Sektor, der die Bereiche Bildung und Gesundheit beinhaltet und damit in besonderem Maße von Frauen nachgefragte Arbeitsplätze enthält – ist – vor allem in der Schweiz und in der Bundesrepublik – unterentwickelt. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze zur Kinderbetreuung ist in allen drei Ländern auffallend niedrig und wächst relativ wenig. In der Bundesrepublik und der Schweiz „bestraft“ das System der Einkommensbesteuerung die doppelte Erwerbstätigkeit von Ehepaaren. Und schließlich erschweren bestimmte politische und kulturelle Gegebenheiten eine zunehmende Erwerbstätigkeit von Frauen:

1. die lange Regierungsbeteiligung von Mitte-Rechts-Parteien vor 1973 – sie ist der Hintergrund der konservativen Ausrichtung der Familien-, Sozial- und Steuerpolitik;
2. die – vor allem in Österreich anzutreffende – Stärke des Katholizismus, sie steht für eine relativ weite Verbreitung der von der katholischen Kirche vertreten konservativen Einstellung zur Rollenverteilung innerhalb der Familie, und
3. die entsprechend geringe Verbreitung einer egalitären Einstellung zur Aufteilung zwischen Männern und Frauen.

Zusätzlich zu all diesen Faktoren spielten die sich verschlechternden Arbeitsmarktbedingungen eine nicht zu unterschätzende Rolle für die auffällige Konstanz bzw. den fehlenden Anstieg der Frauen-Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz. Zwischen dem Wachstum der Beschäftigung und der Veränderung der Frauen-Erwerbsquote gibt es zwischen 1973 und 1983 nämlich ebenfalls einen starken Zusammenhang ($r = .64$): Die Länder mit dem geringsten Beschäftigungswachstum bzw. den größten Beschäftigungseinbrüchen (die deutschsprachigen Länder, Großbritannien und Belgien) gehören zu den Schlußlichtern hinsichtlich des Anstiegs der Frauen-Erwerbsquote, die Länder mit dem größten Beschäftigungswachstum (Kanada, USA und Norwegen) gehören zu den Spitzenreitern beim Anstieg der Frauen-Erwerbsquote.

²³ Die entsprechenden Daten und Belege finden sich in den bei Tabelle 6 angegebenen Quellen.

Quellen: Die Daten zur Erwerbsbeteiligung der Frauen stammen aus OECD 1969a. Die Daten zur Modernisierung und Berufsstruktur stammen aus Summers/Kravis/Heston 1980, OECD 1986, OECD 1989a, OECD 1991a, OECD 1983, OECD 1987b, Bundesamt für Statistik 1985. Die Daten zu den angebotsseitigen Charakteristika, den demographischen Trends und den Entlohnungsdifferenzen stammen aus OECD 1988c, UNESCO: Statistical Yearbooks, OECD 1989a. Die Daten zu den Effekten der Staatstätigkeit auf das Angebot und die Nachfrage von Erwerbstätigkeit von Frauen stammen aus OECD 1986, OECD 1991a, Norris 1987, OECD 1990, OECD 1988a. Die Daten zu den politisch-institutionellen und politisch-kulturellen Variablen stammen aus Archiv der Gegenwart (diverse Jahrgänge), International Centre of Parliamentary Documentation 1985, Barrett 1982 und Norris 1987.

Tabelle 6: Bestimmungsfaktoren der Veränderung der Frauen-Erwerbsquote in der OECD, 1973 bis 1983 (Pearson's Korrelationskoeffizienten)

1. Erwerbsquote der Frauen, 1973	0,18
2. Modernisierung und Berufsstruktur	
Niveau der ökonomischen Entwicklung, 1973 (BIP pro Kopf)	0,41
Durchschnittliches ökonomisches Wachstum, 1973–83	0,21
Anteil der Beschäftigung im Agrarsektor, 1973 (% der Gesamtbeschäftigung)	-0,14
Abnahme der Beschäftigung im Agrarsektor, 1973–83	0,06
Anteil der Beschäftigung im Industriesektor, 1973 (% der Gesamtbeschäftigung)	-0,72
Abnahme der Beschäftigung im Industriesektor, 1973–83	-0,02
Anteil der Beschäftigung im Dienstleistungssektor, 1973 (% der Gesamtbeschäftigung)	0,65
Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungssektor, 1973–83	-0,05
Anteil der Teilzeitbeschäftigung, 1973 (N = 16) (% der Gesamtbeschäftigung)	0,56
Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, 1973–83 (N = 14)	0,50
3. Angebotsseitige Charakteristika, demographische Trends und der Effekt der Verminderung von Entlohnungsdifferenzen	
Veränderung der Fertilitätsraten, 1971–81	0,04
Veränderung des Anteils weiblicher Studenten und Studenten insgesamt, 1973–83 (N = 15)	0,12
Entlohnungsdifferenzen zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten im gewerbl. Sektor, 1973 (N = 10)	0,75
Verminderung der Entlohnungsdifferenzen zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten im gewerbl. Sektor, 1973–83 (N = 10)	0,28
Veränderung des Anteils der Frauen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, 1973–83	0,17
4. Effekte der Staatstätigkeit auf das Angebot und die Nachfrage von Erwerbstätigkeit von Frauen	
Anteil der Beschäftigung im öffentlichen Sektor, 1973 (% der Gesamtbeschäftigung)	0,57
Veränderung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor, 1973–83	0,29
Entwicklung der Zahl der Plätze zur Kinder-versorgung, 1973–83 (N = 16)	0,45
Steuerpolitische Anreize für zusätzliches Arbeitsangebot von Frauen	0,39
Alter der „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit Politik“, 1983 (N = 15)	-0,18
5. Politisch-institutionelle und politisch-kulturelle Determinanten	
Linksparteien-Premierminister, 1949–72	0,59
Mitte oder Rechtsparteien-Premierminister, 1949–72	-0,59
Veränderung des Anteils weiblicher Abgeordneter im Parlament, 1973–83	0,54
Anteil der Protestanten an der Bevölkerung, 1975	0,58
Anteil der Katholiken an der Bevölkerung, 1975	-0,45
Egalitäre Einstellung zu Familienrollen (N = 8)	0,76

Anmerkung: Abhängige Variable = Veränderung der Frauen-Erwerbsquote in den OECD-Ländern zwischen 1973 und 1983

4.5 Zusammenfassung

Jugendliche, ältere Arbeitnehmer, Ausländer und Frauen können als Verursacher des auffälligen Rückgangs des Arbeitsangebots in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz angesehen werden. In welchem Ausmaß ihr Rückzug vom Arbeitsmarkt bzw. ihre Enthaltbarkeit bzgl. der Beteiligung am Erwerbsleben das Ergebnis politischer Steuerung war, und welches die Erfolgsdeterminanten der politischen Regulierung des Arbeitsangebots waren, diese Fragen können nun, nachdem die Hintergründe der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der vier Gruppen herausgearbeitet wurden, beantwortet werden: Aktive politische Steuerung – das gilt es als erstes festzuhalten – spielte vor allem für die Entwicklung des Arbeitsangebots der älteren Arbeitnehmer und der Ausländer eine wichtige Rolle. Ohne die Schaffung bzw. Erweiterung attraktiver Frühverrentungsmöglichkeiten (in der Bundesrepublik und in Österreich) und ohne die Maßnahmen zur Begrenzung bzw. Einschränkung der Zuzugs- und Erwerbsmöglichkeiten von Ausländern hätte es in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz keinen Rückgang des Arbeitsangebots gegeben. Unterstützt wurde die aktive politische Steuerung jedoch durch „push-Effekte“ der sich verschlechternden Arbeitsmarktbedingungen und mehr oder weniger unbeabsichtigte Nachwirkungen früherer Politik bzw. Nebenwirkungen anderer Politiken: Die expansive Bildungspolitik der sechziger Jahre und die auf der traditionellen Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern basierende Familien-, Steuer- und Sozialpolitik waren zwar nicht arbeitsmarktpolitisch motiviert, d. h. zur quantitativen Steuerung des Arbeitsangebots gedacht; durch die zunehmende Bildungsbeteiligung der Jugendlichen und die einzigartige Enthaltbarkeit der Frauen hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung, für die sie verantwortlich waren, wirkten sie jedoch am Rückgang des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern mit.

Die Erfolgsdeterminanten der politischen Regulierung des Arbeitsangebots waren verschiedener Natur: Zu ihnen gehörten nicht nur bestimmte politische und politisch-institutionelle Bedingungen wie die dem konservativen Wohlfahrtsstaatstypus der Bundesrepublik und Österreichs eigene relativ weitgehende Absicherung des einzelnen gegen Einkommensausfälle (die älteren Arbeitnehmern den Übertritt in die Pension erleichtert) oder die in der schweizerischen Verfassung festgeschriebenen direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung an politischen Entscheidungen (die Gegnern einer liberalen Ausländerbeschäftigungspolitik eine Einflußnahme auf die Politik ermöglichen). Zu ihnen gehörten auch bestimmte kulturelle Gegebenheiten, d. h. tiefsitzende Überzeugungen und Wertvorstellungen innerhalb der Gesellschaft, wie die Verbreitung einer konservativen Einstellung zur Rollenverteilung in der Familie und die verbreitete Sicht ausländischer Arbeitnehmer als „Gastarbeiter“ (die die „Ausgliederung“ von Frauen und Ausländern

aus dem Arbeitsmarkt gegen Widerstände absichern). Und schließlich gehört die die Bundesrepublik, Österreich und die Schweiz Anfang der siebziger Jahre verbindende Existenz eines verhältnismäßig großen Reservoirs von „Alternativrollen-Besitzern“ dazu, d. h. der außerordentlich hohe Anteil ausländischer Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (vgl. Fußnote 18) und die – die Bundesrepublik und Österreich kennzeichnende – Tatsache einer starken „Überalterung“ des Erwerbspersonenpotentials, d. h. der relativ starke Anteil der 55- bis 64jährigen am Erwerbspersonenpotential (vgl. United Nations: Demographic Yearbooks).

Insgesamt gesehen war es also eine Kombination aus aktiver politischer Steuerung, Nachwirkungen früherer Politik, wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien, tiefsitzenden Überzeugungen, Arbeitsmarktentwicklung und Demographie, die den auffälligen Rückgang des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern herbeiführten.

5 Konsequenzen der Arbeitsangebotsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und der Schweiz für das Niveau der registrierten Arbeitslosigkeit

Die Frage nach dem Ausmaß, in dem der Rückgang des Arbeitsangebots in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz den Arbeitsmarkt entlastet hat, ist nur schwer zu beantworten. Ohne genaue Informationen über die Reaktionselastizität der Arbeitslosenquote in bezug auf Variationen des Arbeitsangebots – und diese gibt es nicht – kann man ihr nur näherkommen, wenn man

- (a) Annahmen darüber trifft, *inwieweit* die Entwicklung des Arbeitsangebots in den deutschsprachigen Ländern etwas Besonderes war, und
- (b) auf die *ceteris-paribus*-Bedingung eingeht, d. h. sonst gleiche Bedingungen unterstellt.

Die folgenden Schätzungen basieren deshalb

1. auf der Annahme, daß die Entwicklung des Arbeitsangebots der deutschsprachigen Länder in dem Ausmaß „besonders“ war, in dem sie sich von der durchschnittlichen Entwicklung in der OECD unterschied, und
2. auf der Annahme einer gegebenen Arbeitsnachfrage^{24 25}.

Es wird also gefragt:

1. Um wieviel wäre die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz 1983 höher gewesen, wenn die Erwerbsbeteiligung der Frauen nach 1973 nicht konstant geblieben bzw. zurückgegangen wäre, sondern so gestiegen wäre wie im Durchschnitt der OECD-Länder?
2. Um wieviel wäre die Arbeitslosenquote 1983 höher gewesen, wenn die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer nach 1973 nicht in dem Ausmaß reduziert worden wäre, wie es geschah, sondern wenn sie sich so entwickelt hätte wie im Durchschnitt der OECD-Länder, die ausländische Arbeitnehmer beschäftigen?
3. Um wieviel wäre die Arbeitslosenquote 1983 höher gewesen, wenn sich die Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen nach 1973 nicht in dem Ausmaß vermindert hätte, wie es der Fall war, sondern nur um so viel wie im Durchschnitt der OECD-Länder? Und

²⁴ Aus der Annahme einer gegebenen Arbeitsnachfrage ergibt sich, daß hier davon ausgegangen wird, daß all diejenigen, die bei einer Zunahme des Arbeitsangebots im Ausmaß des OECD-Durchschnitts zusätzlich auf den Arbeitsmarkt getreten wären, arbeitslos geworden und als solche registriert worden wären.

²⁵ Diese Annahmen bieten zweifellos eine Reihe von Ansatzpunkten zur Kritik. Es ist offen, wie die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz tatsächlich reagiert hätte, wenn das Arbeitsangebot im Ausmaß des OECD-Durchschnitts gestiegen wäre; und es kann nicht gesagt werden, inwieweit die Annahme eines Anstiegs des Arbeitsangebots im Ausmaß des OECD-Durchschnitts für die deutschsprachigen Länder realistisch ist.

4. Um wieviel wäre die Arbeitslosenquote 1983 höher gewesen, wenn die Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer nach 1973 nicht in dem Maße abgenommen hätte, wie es geschah, sondern um so viel wie im Durchschnitt der OECD-Länder?

Tabelle 7 faßt die Ergebnisse der entsprechenden Berechnungen zusammen. Sie zeigt, daß vor allem die konstante Erwerbsbeteiligung der Frauen den bundesdeutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeitsmarkt entlastet hat. Wäre die Frauen-Erwerbsquote in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz im Ausmaß des OECD-Durchschnitts gestiegen, hätte sich die Schere zwischen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage so geöffnet, daß die Arbeitslosenquote 1983 in der Bundesrepublik 4,6 Prozentpunkte über ihrem tatsächlichen Niveau gelegen hätte, in Österreich 4,5 Prozentpunkte und in der Schweiz 5 Prozentpunkte²⁶. Der Abbau der Ausländerbeschäftigung und der Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen hatten klar niedrigere, aber ebenfalls deutliche Entlastungseffekte. Sie reduzierten die „potentielle“ Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz um Werte zwischen 1,2 bis 2,9 Prozentpunkte²⁷. Der Rückgang der Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer schließlich entlastete den Arbeitsmarkt in den deutschsprachigen Ländern nicht mehr als in anderen Ländern. Für die Bundesrepublik und Österreich ergeben sich entsprechend der Tatsache, daß die Erwerbsquote der älteren Arbeitnehmer fast im Ausmaß des OECD-Durchschnitts abnahm, keine klaren Entlastungseffekte; für die Schweiz erhält man anstelle eines Entlastungseffektes sogar einen Belastungseffekt: Hier wäre die Arbeitslosenquote 1983 0,8 Prozentpunkte niedriger gewesen, wenn die Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer nicht nur um 2,4 Prozentpunkte abgenommen hätte, sondern um den OECD-Durchschnittswert von 11 Prozentpunkten.

Festzuhalten bleibt damit, daß der auffällige Rückgang des Arbeitsangebots in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz das Ausmaß der Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt deutlich vermindert hat. Auch wenn man keine Aussage darüber machen kann, in welchem Umfang die Entwicklung des Arbeitsangebots die Arbeitslosenstatistik insgesamt entlastet hat²⁸, kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Arbeitslosenquote ohne den auffälligen Rückgang des Arbeitsangebots in allen drei Ländern deutlich höher gewesen wäre: Nach den hier angestellten Berechnungen hätte sie in der Bundesrepublik mindestens 4,6 Prozentpunkte über den registrierten 8,2 Prozent (vgl. OECD 1989a) gelegen – denn um diese 4,6 Prozentpunkte verminderte ja allein die fehlende Zunahme der Frauen-Erwerbstätigkeit die Arbeitslosenquote – und damit 12,8

²⁶ Die Werte resultieren aus folgender Rechnung: Bei einem Anstieg der Frauen-Erwerbsquote im Ausmaß des OECD-Durchschnitts wäre die Zahl der Erwerbspersonen 1983 in der Bundesrepublik um 1,5 Millionen und in Österreich und in der Schweiz um 165000 höher gewesen (vgl. OECD 1989a). Bei einer unveränderten Arbeitsnachfrage hätte sich die Zahl der Arbeitslosen im gleichen Umfang erhöht. Dies hätte zu einem Anstieg der Arbeitslosenquoten im genannten Umfang geführt.

²⁷ Zur Berechnung der Werte – wie auch der für die älteren Arbeitnehmer – vgl. Fußnote 26.

²⁸ Da die Entwicklung des Arbeitsangebotes hier anhand von drei Schnitten durch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter analysiert wurde – einen nach dem Alter, einen nach dem Geschlecht und einen nach der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit zur inländischen Bevölkerung –, wurden mehrmals dieselben Personen betrachtet (ein 59-jähriger Ausländer war beispielsweise sowohl Gegenstand der Analyse der Erwerbsbeteiligung der älteren Arbeitnehmer als auch der der Ausländerbeschäftigung). Die sich daraus ergebenden Mehrfachzählungen machen die Berechnung eines gesamten Entlastungseffektes der Arbeitsangebotsentwicklung unmöglich.

Tabelle 7: Entlastung der potentiellen Arbeitslosenquote des Jahres 1983 in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz durch die besondere Entwicklung des Arbeitsangebots der Frauen, Ausländer, Jugendlichen und älteren Arbeitnehmer (in Prozentpunkten)

	Frauen	Ausländer	Jugendliche	Ältere Arbeitnehmer
Bundesrepublik	4,6	2,3	2,8	0,2
Österreich	4,5	1,9	1,2	0
Schweiz	5,0	2,9	(1,0)	(-0,8)

Anmerkung: Im Falle der Schweiz mußten bei der Berechnung der Werte für die Jugendlichen und die älteren Arbeitnehmer aufgrund der Restriktionen des Datenmaterials z. T. Daten für die Jahre 1970 und 1980 verwendet werden. Die Werte sind also in gewisser Weise verzerrt.

Berechnet nach: Tabelle 3, 4, 5; OECD 1989a; United Nations; Demographic Yearbooks; Werner/König 1984; Eurostat 1979, 1983, 1988; Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz

Prozent betragen. In Österreich hätte sie mindestens 4,5 Prozentpunkte über den registrierten 3,8 Prozent (ebenda) gelegen und damit 8,3 Prozent betragen. Und in der Schweiz hätte sie mindestens 5 Prozentpunkte über den registrierten 0,9 Prozent (ebenda) gelegen und damit 5,9 Prozent betragen.

6 Schlußfolgerungen

Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt werden in beträchtlichem Ausmaß von der Entwicklung des Arbeitsangebots bestimmt und können durch die quantitative Steuerung des Arbeitsangebots reguliert werden. Dies ist das Hauptergebnis der vorliegenden Analyse. Was könnte nun dieses Ergebnis für die künftige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bedeuten, und was bedeutet es für die Arbeitsmarktforschung? Auf diese beiden Fragen soll abschließend eingegangen werden.

Für die Arbeitsmarktforschung, das ist eindeutig, läßt sich aus dieser Analyse vor allem eines ableiten: die Notwendigkeit der stärkeren Integration der Angebotsseite des Arbeitsmarktes. Die die bisherige – vor allem die international vergleichende – Forschung kennzeichnende Konzentration auf die Arbeitsnachfrage verhindert ein umfassendes Verständnis von Vollbeschäftigung und Arbeitslosigkeit.

Für die künftige Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik – d. h. die Frage, ob und inwieweit die quantitative Steuerung des Arbeitsangebots auch künftig ein anwendbares und nützliches Politik-Instrument sein könnte, läßt sich aus dieser Studie nichts Positives ableiten. Auch wenn die Analyse gezeigt hat, daß die Regulierung des Arbeitsangebots ein äußerst effektives Instrument zur Reduzierung von sichtbaren Arbeitsmarktungleichgewichten sein kann – und die Entwicklungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten bestätigen dies (vgl. z. B. DIW 1991; Maier, 1991) –, gibt es mindestens drei Dinge, die mittel- und langfristig gegen den Einsatz dieses Instrumentes sprechen: Erstens trägt die „Strategie der Ausgliederung der einen zum Zweck des Beschäftigungserhalts für die anderen“ zur „dauerhaften Ausgrenzung bestimmter Personengruppen (aus dem Erwerbsleben) und damit zur Bildung einer Zweidrittel- oder Dreiviertelgesellschaft bei“ (Schmid 1990c, S. 11). Zweitens führt sie zum Brachliegen bzw. zum Verlust von Produktionspotentialen (ebenda). Und drittens gerät sie

zunehmend an ihre Grenzen: Zum einen nehmen die Widerstandskräfte derer, die Opfer von Ausgliederungsstrategien sind, zu (vgl. z. B. Cornetz 1986), zum anderen ist die finanzielle Belastung derer, die für die Transferleistungen für Nicht-Beschäftigte aufkommen müssen – also der Beschäftigten – nicht unbegrenzt erhöhbar (vgl. Berger/Offe 1984). Langfristig ist die Politik der Steuerung des Arbeitsangebots also – zumindest in der hier beschriebenen Richtung – weder sinnvoll noch finanzierbar.

7 Literaturverzeichnis

- Archiv der Gegenwart, verschiedene Jahrgänge
- Bach, H.-U./Brinkmann, C. (1986): Erwerbsbeteiligung von Frauen im internationalen Vergleich. In: MittAB 3
- Barrett, D. B. (Hrsg.) (1982): World Christian Encyclopedia: a comparative study of churches and religions in the modern world AD 1900-2000. Nairobi
- Bauboock, R./Wimmer, H. (1988): Social Partnership and „Foreigners Policy“: On Special Features of Austrian's Guest Worker System. In: European Journal of Political Research, 16
- Berger, J./Offe, C. (1984): Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzips. In: C. Offe, Arbeitsgesellschaft, Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. Frankfurt/New York
- Biffel, G. (1988): Arbeitsmarkt 2000. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Forschungsberichte aus der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, 21. Wien
- Blien, U./Tessaring, M. (1989): Abgangsalter aus dem Bildungswesen und Arbeitsmarktsituation. Ergebnisse der Bildungsgesamtrechnung des IAB. In: MittAB 1
- Bruche, G. (1983): Ausländische Arbeitnehmer. In: M. G. Schmidt (Hrsg.), Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaftsgesellschaft-Politik. München/Zürich, S. 40-46
- Bruche, G./Casey, B. (1982): Arbeit oder Rente? Beschäftigungs- und sozialpolitische Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer in Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden und den USA. Frankfurt/New York
- Bundesamt für Statistik (1985): Eidgenössische Volkszählung 1980, Schweiz, Erwerbstätigkeit, Band. 9, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Band 709
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (1990): Programmbudget der Arbeitsmarktverwaltung. Wien
- Castles, F. G./Mitchell, D. (im Erscheinen): Worlds of Welfare and Families of Nations. In: F. G. Castles (Hrsg.), Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies
- Castles, S. (1984): Here for Good. Western Europe's New Ethnic Minorities. London et al.
- Castles, St./Kosack, G. (1985): Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe. London (zweite Auflage)
- Casimir, B. (1989): Staatliche Rentenversicherungssysteme im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main
- Cornetz, W. (1986): Theorie und Empirie des Arbeitskraftangebots. Über die Bestimmungsgründe und den Wandel des geschlechtsspezifischen Erwerbsverhaltens. In: MittAB 3
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1991): DIW Wochenbericht, 12
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism. Princeton, New Jersey
- Esping-Andersen, G./Sonnberger, H. (1989): The Demographics of Age in Labor Market Management, European University Institute, Working Papers, 89/414. Florence
- Franz, W./König, H. (1986): The Nature and Causes of Unemployment in the Federal Republic of Germany since the 1970s: An Empirical Investigation. In: *Economica*, 53 (Supplement)
- Heinelt, H. (1991): Frühverrentung als politischer Prozeß. Wiesbaden
- International Centre of Parliamentary Documentation (1985): Distribution of Seats by Sex in Parliamentary Assemblies. Genf
- Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik (1981a): Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, 4
- Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik (1981b): Internationale Chronik zur Arbeitsmarktpolitik, 5
- Jupp, J. (1991): Managing ethnic diversity: How does Australia compare?. In: F. G. Castles (Hrsg.), *Australia Compared. People, Policies and Politics*. Sidney
- Kromphardt, J. (1987): Arbeitslosigkeit und Inflation. Eine Einführung in die makroökonomischen Kontroversen. Göttingen
- Layard, R./Nickel, S./Jackman, R. (1991): *Unemployment. Macroeconomic Performance and the Labour Market*. New York
- Leitner, H. (1986): The state and the foreign worker problem. A case study of the Federal Republic of Germany, Switzerland, and Austria. In: *Environment and Planning C: Government and Policy*, 4
- Lindbeck, A./Snower, D. J. (1985): Explanations of Unemployment. In: *Oxford Review of Economic Policy*, No. 2
- Maier, F. (1991) Erwerbstätigkeit von Frauen – Geschlechtsspezifische Umbrüche im Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem. In: A. Westphal et al. (Hrsg.), *Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung*. Frankfurt/New York, S. 295-318
- McMahon, P. J. (1986): An international comparison of labor force participation, 1977-84. In: *Monthly Labor Review*, 5
- Misslbeck, J. (1983): Der Österreichische Gewerkschaftsbund. Analyse einer korporatistischen Gewerkschaft. Frankfurt/Main
- Nef, R. (1988): Die Schweizer Referendumsdemokratie. In: *Der Bürger im Staat*, 1
- Norris, P. (1987): Politics and Sexual Equality. The Comparative Position of Women in Western Democracies. Boulder/Colorado
- OECD (1983): *OECD Employment Outlook*. Paris
- OECD (1985a): *OECD Employment Outlook*. Paris
- OECD (1985b): *OECD Economic Surveys: Switzerland*. Paris
- OECD (1985c): *Social Expenditure 1960-1990. Problems of Growth and Control*. Paris
- OECD (1986): *OECD Economic Outlook. Historical Statistics 1960-1984*. Paris
- OECD (1987a): *OECD Economic Surveys: Switzerland*. Paris
- OECD (1987b): *OECD Employment Outlook*. Paris OECD (1988a): *Reforming Public Pensions*. Paris OECD (1988b): *OECD Economic Surveys: Austria*. Paris OECD (1988c): *OECD Employment Outlook*. Paris OECD (1988d): *OECD Economic Outlook 44*. Paris OECD (1989a): *Labour Force Statistics 1967-1987*. Paris
- OECD (1989b): *Economies in Transition. Structural Adjustment in the OECD Countries*. Paris
- OECD (1989c): *OECD Economic Surveys: Switzerland*. Paris
- OECD (1990): *OECD Employment Outlook*, June. Paris
- OECD (1991a): *OECD Economic Outlook. Historical Statistics 1960-1989*. Paris

- OECD (1991b): Migration. The Demographic Aspects. Paris
- Offe, C. (1975): Bildungssystem, Beschäftigungssystem und Bildungspolitik. Ansätze zu einer gesamtgesellschaftlichen Funktionsbestimmung des Bildungswesens. In: H. Roth/ D. Friedrich (Hrsg.), Bildungsforschung. Probleme-Perspektiven-Prioritäten, Band 1. Stuttgart, S. 217-252
- Offe, C./ Hinrichs, K. (1977): Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage benachteiligter Gruppen von Arbeitnehmern. In: C. Offe (Hrsg.), Opfer des Arbeitsmarktes: Zur Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit. Neuwied/Darmstadt, S. 3-61
- Rothschild, K. W. (1988): Theorien der Arbeitslosigkeit. München/Wien
- Scharpf, F. W. (1987): Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Frankfurt/New York
- Schettkat, R. (1987a): Erwerbsbeteiligung und Politik. Berlin
- Schettkat, R. (1987b): Die Erwerbsquote, ein geeigneter Indikator zur Analyse der Erwerbsbeteiligung? Zur internationalen und intertemporären Vergleichbarkeit der Erwerbsbeteiligung. WZB discussion paper IIM/LMP 87-18. Berlin
- Schmid, G. (1990a): Arbeitsmarktpolitik: Zum Verhältnis von Marktsteuerung und staatlicher Beschäftigungssicherung. In: U. Sarcinelli (Hrsg.), Demokratische Streitkultur. Theoretische Grundpositionen und Handlungsalternativen in Politikfeldern. Bonn
- Schmid, G. (1990b): Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. In: K. v. Beyme/M. G. Schmidt (Hrsg.), Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen, S. 228-254
- Schmid, G. (1990c): Vollbeschäftigung in der sozialen Marktwirtschaft, Prämissen aktiver Arbeitsmarktpolitik im internationalen Vergleich. WZB discussion paper FS 1 90-1
- Schmidt, M. G. (1985): Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Frankfurt/New York
- Schmidt, M. G. (1988a): The Politics of Labour Market Policy. Structural and Political Determinants of Rates of Unemployment in Industrial Nations. In: F. G. Castles/F. Lehner/M. G. Schmidt (Hrsg.), Managing Mixed Economies. Berlin/New York, S. 4-53
- Schmidt, M. G. (1988b): Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich. Opladen
- Schmidt, M. G. (1991): Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik. In: U. Liebert/W. Merkel (Hrsg.), Die Politik zur deutschen Einheit. Probleme-Strategien-Perspektiven. Opladen, S. 209-226
- Schmidt, M. G. (1992): Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Beitrag zu: M. G. Schmidt (Hrsg.) Lexikon zur Politik, Bd. 3
- Schmidt, M. G. (im Erscheinen): Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im Industrieländervergleich
- Schneider, R. (1983): Bildungspolitik. In: M. G. Schmidt (Hrsg.), Westliche Industriegesellschaften. Wirtschaft-Gesellschaft-Politik, Pipers Wörterbuch zur Politik, Band 2. München/Zürich, S. 61-71
- Sesselmeier, W./Blauermel, G. (1990): Arbeitsmarkttheorien. Heidelberg
- Sorrentino, C. (1983): International Comparisons of Labour Force Participation, 1960-1981. In: Monthly Labour Review, 2
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft Eurostat (1979) (1983) (1988): Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Luxembourg
- Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz
- Summers, R./Kravis, I. B./Heston, A. (1980): International Comparison of Real Product and its Composition: 1950-77. In: The Review of Income and Wealth, 26
- Talos, E. (1987): Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitische Steuerung: Problemwahrnehmung/Problemartikulation, Zielsetzungen, Strategien und Maßnahmen in Österreich seit Mitte der 70er Jahre. In: E. Talos/M. Wiederschwinger (Hrsg.), Arbeitslosigkeit. Österreichs Vollbeschäftigungspolitik am Ende?. Wien
- Therborn, G. (1985): Arbeitslosigkeit. Strategien und Politikansätze in den OECD-Ländern. Hamburg
- Thranhardt, D. (1975): Ausländische Arbeiter in der Bundesrepublik, in Österreich und der Schweiz. In: Neue Politische Literatur, 22
- Tichy, R. (1990): Ausländer rein! Warum es kein „Ausländerproblem“ gibt. München/Zürich
- United Nations (UN): Demographic Yearbook, verschiedene Bände. New York
- United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO): Statistical Yearbooks, verschiedene Bände. Paris
- Werner, H./König, I. (1984): Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik in einigen westeuropäischen Industriestaaten. In: MittAB 4
- Wimmer, H. (1986): Zur Ausländerbeschäftigungspolitik in Österreich. In: ders. (Hrsg.), Ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Frankfurt/N.Y., S. 5-32